

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltenen Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
25 k., auswärtiger Preis 30 k. Reklamezeile 90 k. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Telegraphenanschluß Nr. 123 Amt Nüdesheim am Rhein.

Nummer 96.

Dienstag den 17. August 1920.

20. Jahrgang.

Die englisch-französische Spannung.

Frankreich befürchtet eine Revision des Friedens.

Durch die brüste Art und Weise, wie Millerand entgegen den Abmachungen in Sythe hinter dem Rücken Lloyd Georges sich plötzlich für die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel entschlossen hat, ist zwischen Frankreich und England eine unverkennbare Spannung eingetreten. In London erblickt man in dem eigenmächtigen Vorgehen der französischen Regierung einen Vorstoß gegen die bisherigen Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten und einen hinterhältigen Bruch mit der Politik des gemeinsamen Auftretens in den Ostfragen. Wie ernst die Situation in London angesehen wird, kann man daraus ersehen, daß sowohl König Georg seine Reise nach Schottland angesichts des Ernstes der politischen Lage aufgegeben hat, als auch Lloyd George seine längst angekündigte Erholungsreise nach der Schweiz wahrscheinlich aufgeben wird. Das englische Parlament, das ebenfalls am Freitag in die Ferien gehen sollte, tagt vorläufig weiter.

Der französisch-englische Konflikt liegt viel tiefer, als es auf den ersten Augenblick erscheinen mag. Die Verständigungsversuche Lloyd Georges mit Rußland haben in Frankreich längst großes Mißfallen erregt. Man befürchtet in Paris einmal den Verlust der Milizen, durch die man das zaristische Rußland mit Erfolg gegen Deutschland ausgehebt hat, ferner — und das erklärt die Pariser Presse mit verblüffender Offenheit — hat man in Frankreich den Eindruck, England wolle mit Gewalt eine Konferenz zusammenbringen, auf der Deutschland und Sowjetrußland vertreten sein sollen, eine Konferenz, auf der Frankreich gezwungen werden würde, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles über sich ergehen zu lassen, sowie den Verlust der notwendigen Garantien für seine Sicherheit, also vielleicht auch die ganze oder teilweise Annulierung der Wiedergutmachung, auf die es ein Anrecht habe.

Unter die notwendigen Garantien für die Sicherheit Frankreichs fällt nach Ansicht der Pariser Presse vor allem ein starkes, unabhängiges Polen, durch das Deutschland ständig in Schach gehalten werden könnte. In ihrem Programm für die Friedensverhandlungen mit Polen bezog mit der Entente fordernde die Sowjetregierung neben der Teilnahme Deutschlands an der neuen Friedenskonferenz die Beseitigung des Danziger Korridors sowie strenge Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete. Das kam aber einer Zertrümmerung Polens gleich und würde den Zusammenstoß des gesamten Planes von Versailles nach sich ziehen, zwischen Rußland und Deutschland eine Barriere aufzurichten. Ein entwaflnetes Polen würde nur ein Spielzeug zwischen beiden Nachbarmächten sein. Die Engländer müßten verstehen, daß eine derartige Möglichkeit alle Franzosen ohne Unterschied der politischen Meinung oder der sozialen Stellung in Erregung brächte.

Um diesen Plänen ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben, hat Frankreich kurzerhand mit der englischen Ostpolitik gebrochen und zum erstenmal seit dem Friedensschluß sich von England getrennt. Dazu bot die Anerkennung der südrussischen Regierung die willkommene Gelegenheit. Daß dieser eigenmächtige Schritt in London solch große Entrüstung gegen Frankreich auslösen würde, hat man in Paris nicht erwartet und beklagt sich nun, die Meinungsverschiedenheit in meldebarem Maße erscheinen zu lassen. Der französische Botschafter in London hat am Donnerstag in London die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch die französische Regierung offiziell mitgeteilt, mit der wenig glaubhaften Entschuldigung, das Pariser Telegramm, das sich auf die Notifizierung bezog, sei infolge eines Fehlers in der Uebersetzung mit großer Verspätung in London eingetroffen.

Die englische Regierung hat ihrerseits durch ihren Geschäftsträger in Paris eine Note an das Ministerium des Äußern übergeben lassen. Ferner wurde der französische Geschäftsträger in London nach dem Foreign Office gebeten, wo er eine längere Unterredung mit Lord Curzon hatte. Man glaubt, am 17. August werde eine neue Begegnung zwischen Millerand und Lloyd George in Boulogne stattfinden. Bei diesen Besprechungen wird die britische Regierung zweifellos ganz entschieden gegen die sowjetistische Politik Frankreichs Front machen. England hat wichtige Gründe, mit Sowjetrußland so bald als möglich in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Zunächst handelt es sich ja um die Wiederaufspaltung von Handelsbeziehungen, wobei England ein Interesse daran hat, anderen Großmächten, besonders Amerika, zuvorzukommen. Und auf der anderen Seite sieht England wohl ein, daß Rußland ihm in seinen asiatischen Interessen gewaltigen Abbruch tun kann. Diese Dinge sind für England von solcher Wichtigkeit, daß Frankreich sie nicht auf die Dauer wird außer Acht lassen können, wenn die Freundschaft mit England nicht darunter leiden soll.

Fortdauernde Unterhandlungen zwischen London und Paris.

In der englischen Botschaft in Paris traf am Freitag aus London eine Mitteilung ein, die sich mit der Anerkennung der Regierung Wrangels durch Frankreich befaßt. Es wurde aber bis jetzt noch keine formelle Note in dieser Angelegenheit übermittelt. Nach offiziöser französischer Darstellung werden die französisch-englischen Verhandlungen zu dem Zwecke, die durch die Anerkennung der Regierung Wrangels durch Frankreich entstandenen Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, eifrig fortgesetzt.

Frankreichs Hoffnung auf Amerika.

Inzwischen versucht die französische Regierung die Unterstützung Amerikas für sich zu gewinnen. Der französische Ministerpräsident Millerand hat nämlich an die Regierung der Vereinigten Staaten ein Telegramm gerichtet, in dem er mit Befriedigung feststellt, daß die französische Politik mit der der Vereinigten Staaten in der polnischen Frage übereinstimme. Wie die amerikanische Regierung, so erachte es auch die französische Regierung als unmöglich, die jetzigen Herren Rußlands anzuerkennen als eine Regierung, mit der sie Beziehungen wie zu einer befreundeten Macht aufrechterhalten könne. Das französische wie das amerikanische Volk wünsche lebhaft die Aufrechterhaltung der polnischen Unabhängigkeit. Indessen ist man sich in Paris und Washington darin einig, alle Bemühungen um Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Polen und Rußland zu unterstützen, dabei aber zu vermeiden, daß dies eine Anerkennung des bolschewistischen Regimes und die Bestätigung Rußlands zur Folge habe.

Die französische Presse gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die Haltung Frankreichs und Amerikas nunmehr auch England bestimmen werde, an die Seite seiner Verbündeten zurückzulehren.

Die Anerkennung Wrangels durch England ignoriert.

In England läßt man sich aber durch die neue französische Aktion nicht irre machen. Wie Reuters vernimmt, wird die britische Regierung unbedingt an dem Abkommen festhalten, daß nicht zu einer Aktion gegen die Rotarmeen übergegangen werden soll, so lange die Entscheidung der Rotregierung bezüglich des Waffenstillstandes und der Friedensbedingungen nicht bekannt ist. Die britische Regierung wird tun, als ob kein offizieller Schritt Frankreichs in der Anerkennungsfrage stattgefunden hat.

England gegen ein Sowjetpolen.

Sollte jedoch die Sowjetregierung auf eine Bolschewisierung Polens hinarbeiten, so ist England entschlossen, auch seinerseits mit allen Mitteln für die Unabhängigkeit der polnischen Republik einzutreten. Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George: Wenn die russische Regierung ein Sowjetregiment in Polen aufrichtet und seine Anerkennung von Polen fordern würde, so würde das eine Verletzung der Unabhängigkeit Polens bedeuten und das von der englischen Regierung ins Auge gefaßte Eingreifen herbeiführen.

Die Auslandsbedrohung der englischen Arbeiter.

Eine Anwendung militärischer Zwangsmittel gegen Rußland dürfte jedoch Lloyd George kaum möglich sein. Wie Reuters aus London meldet, hat die Arbeiterkonferenz in der russisch-polnischen Frage den Vollzugsrat ermächtigt, einen allgemeinen Ausstand zu verkünden, falls die Regierung General Wrangel unterstützen oder Sowjet-Rußland in irgendeiner Form ingreifen sollte.

Lloyd George richtete daraufhin einen Brief an den Vorstand der britischen Arbeiterpartei, in dem er zum Schluß sagt, daß die Friedensaussichten von der Art abhängen, wie der Frieden mit Polen zu Lande komme. Er hoffe, daß die Arbeiter es der Regierung in Rußland klarmachen würden, daß sie ebenso eine ehrliche Behandlung Polens wünschen wie Rußland.

Deutschland und Rußland.

Erläuterungen des Sowjetdelegierten in Berlin.

Der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin Kopp hat sich in einer von der unabhängigen „Freiheit“ veröffentlichten Unterredung über die deutsch-russischen Beziehungen geäußert. Nach seiner Ansicht ist die sich anbahnende wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Rußland, die Frankreich ständig zu hintertreiben sucht, ein Prozeß, der mit natürlicher Notwendigkeit sich vollzieht und der nur den Zwecken des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beider Länder zu dienen hat, nicht aber eine Bedrohung irgendeiner dritten Macht bedeutet. Hierzu machte Kopp folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Eine solche Bedrohung geht im Gegenteil im gegenwärtigen Augenblick ausschließlich von Frankreich aus, das nicht nur das Bestehen Sowjetrußlands, sondern auch die deutsche Neutralität bedroht. Der französische Imperialismus, der sich jetzt ansetzt, Deutschland wegen seiner Neutralität politisch und militärisch zu drangsalieren, scheint ein kurzes Gedächtnis

zu haben. Es sollte ihm eigentlich noch in Erinnerung sein, daß er nur allzu oft das gegenwärtige Schicksal Deutschlands als eine Sühne für die Verletzung der belgischen Neutralität hingestellt hat. Eine geschichtliche Wiederholung dieser Neutralitätsverletzung, angewandt auf den vorliegenden Fall, müßte bedeuten, daß Deutschland bei der Wahrung seiner Neutralität volle Unterstützung bei dem russischen Volke finden würde.“

Auf die Frage einer Teilnahme Deutschlands an Friedensverhandlungen antwortete Kopp, Rußland verführe nach dem Versailler Experiment wenig Neigung, die schwebenden politischen Fragen auf einem sogenannten Weltkongreß zu erörtern. Es stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß es sich mit den einzelnen Völkern, mit denen es Differenzen hatte oder noch habe, viel eher und besser verständigen könne, als es auf einem von den vielen „Weltkongressen“, die nach der jetzigen politischen Konstellation nichts anderes darstellen als eine Organisationsform des siegreichen Imperialismus der Weltmächte, geschehen könnte. Er glaube, daß Rußland mit Deutschland über die schwebenden Fragen sich direkt verständigen werden und nicht in Gemeinschaft mit den Mächten, die für das deutsche Volk den Versailler Friedensvertrag geschlossen haben und die jetzt immer noch bemüht sind, den Freiheitswillen des russischen Volkes durch Hungerblockade, Waffentransporte und tausend andere Mittel zu brechen.

Warschau eingeschlossen.

Die Russen bereits in der Vorstadt Praga.

Der Ring um Warschau hat sich nahezu geschlossen. Nach Mitteilungen aus russischer Quelle ist die Stadt bereits von vier Seiten eingeschlossen und die Einnahme nur eine Frage der kürzesten Zeit. Die Nordarmee sich 50 Kilometer vor Warschau, die übrigen Armeen sind schon näher heran. In Praga, der Vorstadt Warschaws an dem östlichen Weichselufer, wird bereits gekämpft.

100 000 russische Sturmtruppen vor Warschau.

Nach dem „Daily Herald“ kreist russische Kavallerie vor den Vorwerken der Festung Warschau. Die Rote Armee steht augenblicklich in einer Stärke von nahezu 100 000 Mann bereit, die Festung Warschau von mehreren Seiten aus zu nehmen. Der konzentrische Angriff auf Warschau hat begonnen. Kosakenabteilungen sind bereits in dem Waldgebiet vor Brona erschienen, das nördlich der Festung Nowo-Georgiewsk, der starken Stellung am Zusammenfluß von Narew und Weichsel liegt, und den Hauptpunkt der inneren Verteidigung der polnischen Hauptstadt bedeutet. Nowo-Georgiewsk ist unmittelbar gefährdet. Südlich von Mawa stehende polnische Streitkräfte sind in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Die Festung Warschau ist seit Mittwoch auch vom Westen stark bedroht.

Die „Daily Mail“ weiter berichtet, hat die bolschewistische Kavallerie die Eisenbahnlinie Warschau—Siedlec an verschiedenen Stellen überschritten. Es besteht die offensichtliche Absicht, Warschau auch von Süden her anzugreifen und den Ring um die Festung enger zu schließen, um das Entweichen der Besatzung zu verhindern.

Die Kämpfe um Soldau.

Nach der „Reidenburger Zeitung“ sind die in Ilowo eingerückten Bolschewisten 2000 Mann mit zwei Geschützen stark. Frühere deutsche Soldaten sind zu Gendarmen bestellt, und eine Einwohnerwehr ist gebildet worden.

Russische Patrouillen sind nördlich von Ilowo gegen Chorapph vorgeschoben, ferner wurde Marzahn an der Bahnlinie nach Soldau besetzt. Die Sowjettruppen gehen im allgemeinen ziemlich behutsam vor und scheinen Verstärkungen zu erwarten.

Die polnische Regierung hat angeordnet, daß alle Pferde und alles Vieh aus dem Soldauer Kreise nach Westpreußen abgeliefert werden sollen, was große Erregung verursacht. Im Soldauer Kreise haben die Polen wieder angesehene Persönlichkeiten verhaftet und sämtliche Einwohner zu Schanzarbeiten herangezogen.

Polnische Ueberläufer wurden in Gding festgenommen. Sie erklärten, von Warschau aus mit 20 Mann in Richtung Marienburg desertiert zu sein. Die Polen wurden dem Internierungslager zugeführt.

Soldau von den Russen genommen.

Nach mehrstündiger Beschießung der Stadt und der polnischen Vorstellungen haben die Russen am Freitag die Stadt Soldau genommen. Bis gegen Mittag wogte der Kampf unentschieden hin und her. Erst nach Eintreffen weiterer Verstärkungen gelang es den Russen, den Widerstand der Polen zu brechen. Mit einer Brigade umgingen sie die polnischen Stellungen und drängten die Polen bis in den Soldauer Stadtwald zurück. Hier kam es zu einem heftigen Infanteriekampf, dem die Polen nicht gewachsen waren. Sie mußten auch ihre Hauptstellung räumen und zogen sich nach Klenzau, das hart an der deutschen Grenze

regt, zurück. Soldat ist in den Besitz der Waffen übergegangen. Die Stadt ist durch die Beschießung stark mitgenommen.

Die fremden Gesandten verlassen Warschau.

Angesichts der sehr ernsten militärischen Lage haben die in Warschau akkreditierten fremden Gesandten, die ihr Personal schon vor mehreren Tagen weggeschickt hatten, nunmehr ebenfalls soeben Warschau verlassen. Der französische General Wengand hat es abgelehnt, die Funktionen eines Generalkonsuls der polnischen Armee zu übernehmen. Er bleibt weiterhin bloß militärischer Berater.

Abreise der polnischen Friedensdelegation.

Die polnischen Parlamentäre sind am 12. August von der Front zurückgekehrt. Sie haben mit der Sowjetregierung vereinbart, daß die Zusammenkunft der Delegierten zur Erörterung des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens in Minsk stattfinden soll. Die polnische Delegation besteht aus dem Vizepräsidenten Dombbski als Präsidenten, dem Vizepräsidenten Wroblewski, sowie Vertretern des Reichstages und der Generalkommission. Sie hat die Front am Morgen des 14. August überschritten und sich sofort nach Minsk begeben.

Polen und Rußland.

Verhandlungsbeginn in Minsk.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Äußern in Warschau teilt mit: Die polnischen Parlamentäre sind von der Front nach Warschau zurückgekehrt. Die Sowjetregierung hat vorgeschlagen, daß die polnische Waffenstillstandsdelegation für Minsk am 14. ds. Mts. die Front passiere. Die polnische Delegation ist unter der Führung des Unterstaatssekretärs Dabbski im Auswärtigen Amt nach Minsk abgereist.

Die oben erwähnten Parlamentäre hatten lediglich den Auftrag, den Ort und Zeit zum Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen festzulegen.

Russische Vernichtungspläne?

Wie die Moskauer „Pravda“, das amtliche Organ der Bolschewisten, schreibt, soll ganz Polen für immer vernichtet werden. Die Sowjetregierung werde ein rotes polnisches Heer aufstellen und in Polen die Sowjetrepublik proklamieren, die Rußlands Bundesgenosse sein wird. Rußland wolle den siegreichen Bormarsch fortsetzen, bis Polen vollständig vernichtet ist. In ihrem Programm für die Friedensverhandlungen mit Polen bezog die Entente die Sowjetregierung die Teilnahme Deutschlands an den Konferenzen mit der Entente, die Beseitigung des Danziger Korridors sowie strenge Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf die an Polen tretenden deutschen Gebiete.

Diese Meldung steht in scharfem Widerspruch mit den vor kurzem mitgeteilten russischen Friedensbedingungen, die sehr maßvoll gehalten waren und einen Angriff auf die Unabhängigkeit Polens ausschließen schienen. Sollte man sich unterdessen in Moskau eines anderen beonnen haben? Der „Times“ zufolge sind die Pläne für die Errichtung einer Räteregierung in Warschau fertig ausgearbeitet. In Warschau rechnet man bestimmt mit dem bolschewistischen Polen noch im Laufe dieser Woche. Kamenew und Krassin erwarten alsbald nach dem Fall Warschaws den Befehl zur Abreise.

Die militärische Lage.

Der polnische Heeresbericht vom 12. August meldet die Räumung von Mawa und Kultus. Ostlich Warschau finden auf der Linie Wyszkow-Kaliszyn schwache Kämpfe mit dem Feinde statt.

England fordert Waffenruhe für Polen.

Das Reutersche Bureau meldet: Die englische Regierung richtete einen Funkpruch nach Moskau, bei der Waffenruhe zwischen Polen und Sowjetrußland innerhalb fünf Tagen verlangt. Die englische Regierung kündigt für den Fall des Nichtzustandekommens den Abbruch aller Verbindungen zwischen den Alliierten und Sowjetrußland an.

Anerkennung der Sowjetregierung durch England.

Lloyd George läßt sich durch die Extratour seines Pariser Kollegen Millerand in seiner Politik Sowjetrußland gegenüber nicht irre machen. Die Anerkennung der Sowjetregierung durch England ist nur eine Frage weniger Tage, so sehr auch Frankreich sich dagegen sträuben mag. Mit sichtlichem Besorgnis meldet der Pariser „Temps“, daß die englische Regierung für die Anerkennung der Sowjetregierung folgende Bedingungen aufgestellt habe:

Einstellung aller direkten und indirekten Feindseligkeiten, Heimbeförderung der Zivil- und Kriegsgefangenen, Abschluß eines Abkommens zur Sicherung der Gutmachung von Säden, die englischen Privatpersonen zugefügt wurden, soweit sie nicht unverzügliche Regelung erfordern. Die Sowjetregierung habe diese Bedingungen angenommen.

Nun wird die Anerkennung Sowjetrußlands bald erfolgen, und auch Italien dürfte sich diesem Beispiel anschließen. Der nächste Schritt wird die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen sein. Frankreich aber wird dank der kurzfristigen Politik seiner Regierung das Nachsehen haben. Von der Rettung der alten Willardenschulden kann erst recht keine Rede mehr sein.

Anerkennung bedeutet keine Hilfe.

Eine halbamtliche Erklärung des Pariser Auswärtigen Amtes besagt, daß die Anerkennung des Generals Wrangel keineswegs bedeutet, daß Frankreich militärische Hilfe senden werde. Frankreich denke nicht daran, dies zu tun, bevor es sich über diese Angelegenheit mit England verständigt habe.

Die Seelente gegen den Krieg.

Der Seelenteufongreß in Brüssel nahm eine Entscheidung an, wonach die Seelente zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition befördern werden. Der Beschluß sollte bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewendet werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 14. August 1920.

Die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates für Wirtschafts- und Sozialpolitik haben die allgemeinen Vorschläge des Unterausschusses über die Durchführung der produktiven Erwerbslosen für 1920 mit acrtinen Ab-

änderungen, aber unter Ablehnung sämtlicher von Arbeit-geberseite gestellten Anträge angenommen.

Die sächsische Regierung will ihre Forderungen auf Auslieferung des Hölz bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck weiter verfolgen, denn es handle sich nicht um politische Vergehen, sondern um gemeine Verbrechen.

Der Oberbürgermeister von Halle, Dr. Niede, gegen den anlässlich des Kapp-Putsches ein Disziplinarverfahren eingeleitet war, und der, trotzdem das Verfahren niedergeschlagen worden war, sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, nachdem die Stadt Halle das Rücktrittsgesuch abgelehnt hat, sein Amt wieder antreten.

Der durch die Magdeburger Enthüllungen schwer kompromittierte mehrheitssozialistische Parteiführer für Neubrandenburg, Willi Kehler, ist aus seiner Stellung entlassen und aus der Partei ausgeschlossen worden.

Abzug der Ententeuppen aus Dänemark.

Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Entente Kommission am 16. August nachmittags mit dem Rest der Ententeuppen aus Allenstein abfährt und an diesem Tage das Abstimmungsgebiet an den deutschen Reichskommissar übergibt. Vom 16. August an steht der Reichswehr das Einrücken in das Abstimmungsgebiet offen, da dieses dann wieder Provinz Dänemark ist. Man erwartet das Eintreffen des preussischen Ministers des Innern und des Vizekanzlers in Allenstein am Mittwoch oder Donnerstag.

Aus Marienwerder wird berichtet, daß die dortige Entente Kommission am 16. August und die italienischen Truppen am 17. oder 18. August abfahren werden. Die verläutet, haben der Minister des Innern und der Vizekanzler die Absicht, gemeinsam mit den Truppen in Marienwerder einzuziehen.

Ausweisung des Bürgermeisters von Kreuznach.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kreuznach: Der Bürgermeister der Stadt Kreuznach, Körnide, war vor einigen Tagen von der Besatzungsbehörde seines Amtes enthoben und aus Kreuznach ausgewiesen worden. Durch einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung war der Antrag auf die Rückkehr des Bürgermeisters Körnide und auf dessen Wiedereinsetzung in sein Amt gestellt worden. Die Interalliierte Kommission hat diesem Antrage nicht stattgegeben, sondern die endgültige Absetzung und Ausweisung Körnides verfügt.

Rundschau im Auslande.

Das gesamte Ententemilitär wird in den nächsten Tagen das Zeichener Gebiet verlassen.

Der italienische Hafenarbeiterverband hat aus Solidaritätsgründen mit den streikenden Hafenarbeitern von Neapel den Generalstreik über alle italienischen Häfen verhängt.

In Cork (Irland) ist britisches Militär in das Rathaus eingedrungen, als dort die Versammlung eines Einwohnerrates stattfand. 11 Personen wurden verhaftet, darunter der Erste Bürgermeister.

Der Stadt Kiew wurde eine Kontribution von 20 Millionen Karbowance von den Bolschewisten auferlegt. Die Vermögen der Flüchtlinge werden eingezogen.

Frankreich: Neue Verantwortung auf Venizelos.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos, der am Donnerstagabend Paris verlassen hatte, um sich nach Athen und von dort nach Griechenland zu begeben, wurde in Lyon, als er den Zug besteigen wollte, von zwei Personen angegriffen. Einer der Angreifer gab drei Schüsse auf ihn ab, ohne jedoch zu treffen. Der zweite schloß sich an, durch die Venizelos getroffen wurde. Die Attentäter, die verhaftet wurden, sind ein 23-jähriger Gentle-Deutau der griechischen Armee namens Khrisis Georges, wohnhaft in Paris, und der 25-jährige Journalist Thora bis korrespondent des Börsenblattes in Athen. Auf dem Polizeikommissariat erklärten die beiden, daß sie das Verbrechen wohl überlegt hätten, und daß sie Griechenland vor einem Niedrücken befreien wollten, um so die Freiheit der Bürger sicher zu stellen. Venizelos ist an das linke Schenkel und an der rechten Seite verletzt worden er wurde im Automobil in ein Spital gebracht.

Finland: Russisch-finnischer Waffenstillstand.

Einem Telegramm aus Helsinki zufolge ist zwischen Rußland und Finnland auf der Konferenz in Dorpat eine Verständigung über die Waffenstillstandsbedingungen erzielt worden. Der Abschluß des Waffenstillstandes wird in den nächsten Tagen erwartet. Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Rußland ist am 11. August in Higa unterzeichnet worden.

Holland: Ein holländisches Mandat für die deutschen Kolonien?

Die französische Zeitschrift „Depeche Coloniale“ veröffentlicht die „Frankf. Ztg.“ zufolge in ihrem Bericht über die Völkerbundung in San Sebastian die Mitteilung, der holländische Minister des Innern habe den Vorsitzenden Bourgeois ersucht, den Antrag zu unterstützen, daß Holland in die Reihe der Mandatarmächte für die deutschen Kolonien aufgenommen werde. In dem an Bourgeois gerichteten Brief erinnert der Minister an die fortgeschrittenen Grundsätze, die Holland in seinem eigenen großen Kolonialreich zur Anwendung zu bringen sucht. Der Brief wird den Gegenstand von Verhandlungen bilden.

Italien: Leichtes Anfall des Papstes.

Nach einer Privatmeldung aus Vafel hat der Papst einen leichten Anfall erlitten. Als er sich nach dem Frühstück in seine Privatbibliothek begeben wollte, wo er die Audienzen gewährt, glitt er auf dem Parkett aus und stürzte ziemlich heftig auf ein Knie. Es handelt sich nur um eine leichte Verletzung, die in einigen Tagen geheilt sein dürfte.

Frankreich: Das Attentat gegen Venizelos.

Die Morduntersuchung Venizelos hat ergeben, daß sich eine Kugel in den Brust des Schulterblattes befindet, ohne daß der Knochen getroffen worden ist. Die zweite Kugel hat die Brust der Hüfte getroffen. Das Verbrechen Venizelos ist sehr befriedigend, verlangt aber unbedingt Ruhe. Die Verzte hoffen, daß Venizelos in drei Tagen die Klinik verlassen kann. Die beiden Attentäter wurden in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Sowohl der „Times“ als auch der „Liberator“ zufolge versucht man die beiden griechischen Offiziere, die den Anschlag auf Venizelos verübten, mit einer Propaganda in Verbindung zu bringen, die in Charlotterburg ihren Sitz habe. — Deutschland ist natürlich der Sündenbock für alles.

Amerika: Förderung der deutschen Kriegsschiffe.

Aus New York wird gemeldet, daß in Amerika derzeit der Plan besteht, die ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe mit festgesetztem Ruder und Koldampf in den Atlantischen Ozean hinauszufahren. Die amerikanische Flotte wird sie dann mit Granaten und Torpedos in den Grund bohren.

Lokales und Provinzielles.

Weissenheim, 17. Aug. Durch Erlass vom 12. ds. b. J. hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Kultbildung, auf Grund der am 12. Mai d. J. am hiesigen Realgymnasium abgehaltenen Reifeprüfung, in welcher der Oberprimaner Erwin Junge die Reife zuerkannt wurde, die Anstalt definitiv als Realgymnasium anerkannt.

Krankenversicherungspflicht der preussischen Beamten. Nach einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums ist Beamten unter 15 000 Mark Einkommen im Erkrankungsfall ein Anspruch auf Gehalt usw. im anderthalbfachen Betrage des Krankengeldes bis zu 26 Wochen zu gewährleisten. Damit sind sie von der Krankenversicherungspflicht befreit.

Mangelhafte Ablieferung von Brotgetreide.

einer längeren halbamtlichen Ausführung wird festgestellt, daß die Ablieferung des Brotgetreides außerordentlich mangelhaft ist. Es sei unbedingt nötig, daß das Ernährungsministerium größere Bestände an Getreide in die Hand bekomme, um eine Reserve zu schaffen, die auch dann eine Sicherheit für die Ernährung der Bevölkerung gibt, wenn sich infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten im Laufe des Wirtschaftsjahres in der Zwangswirtschaft Lücken nur unter der Voraussetzung fortgeführt werden, daß sich die Landwirtschaft ihrerseits mit allen Kräften für eine ausreichende und regelmäßige Versorgung der Bevölkerung einsetzt. „Mit dem Zentner Brotgetreide und Gerste“, so heißt es zum Schluß, „der bis zum Oktober abgeliefert wird, trägt der Landwirt dazu bei, die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern und damit Ruhe und Ordnung im Land zu sichern.“

Die Roggenergebnisse sind, wie die Preiskontrollstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates in ihren Wochenbericht mitteilt, ungünstiger, als die offizielle Statistik vermuten läßt. Der Ausbruch scheint vielfach zu enttäuschen; aber den an die Mühlen gelieferten Roggen hört man wegen der zum Teil sehr kleinen oft verkümmerten Körner Klagen, doch herrscht bezüglich der Qualitäten ebenso wie der Mengenergebnisse eine große Verschiedenheit. Die Weizenqualitäten werden von der Mälerei überwiegend gelobt, aber ein Teil der zugeführten Ware ist wieder mit Brand behaftet. Das Geschäft in Hafer ist durch die nunmehr bekannt gegebenen Uebergangsbestimmungen noch etwas verlängert. Der Uebernahmepreis von circa 110 M. für den Zentner, der merklich hinter dem gegenwärtigen Marktwert zurückbleibt, veranlaßt den Handel, sein Material möglichst noch bis zur zulässigen Frist zu verkaufen. Wachsende Frage zeigt sich für Futterkosten aller Art. Der Umfah in inländischen Getreiden steigt, während für die ausländischen die Förderungen noch zu hohe bleiben. Für Mais rechnet man auf die Freigabe der Einfuhr und die Kaufmannschaft beginnt bereits mit den Vorbereitungen für die Einleitung größerer Imports. Das Geschäft in deutschen Dörrwaren war zu steigenden Preisen, die sich schließlich bis zu circa 260 M. für den Zentner erhöhten, verhältnismäßig lebhaft.

Wiesbaden, 16. Aug. Die Wirte im besetzten Gebiet können immer noch nicht die Ordonanz befolgen, keinen Alkohol den Besatzungstruppen gegen Entgelt zu verabreichen. Das Militär-Polizei-Gericht in Wiesbaden urteilte daher die Gastwirte Jakob Trost in Höchst, Main und Andreas Schleidt in Jöfstein zu 1 Monat Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, bezw. 3 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde die Veröffentlichung der Urteile dreimal im Kreisblatt veröffentlicht und in der Jöfsteiner Zeitung erkannt.

Bingen, 13. Aug. Die geplante Verbesserung des Binger Loch-Habnawassers ließ die Gefahr einer Senkung des Wasserpiegels auf der hiesigen Reede zum Schaden der Stadt Bingen aufkommen. Dieses führte städtischerseits zu einem Protest bei der Rheinstrom-Bauverwaltung. Diese erklärte sich nun durch das Oberpräsidium in Koblenz bereit, daß eventuell eintretende Schädigungen auf Kosten des Reiches beseitigt würden.

Soziale Arbeit als Frauenberuf.

Dr. Berta Sachs.

Zu den wichtigsten Wiederaufbauarbeiten im Innern gehört die Erneuerung unserer durch den körperlichen, seelischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zerrütteten Volkskraft. Dem dient die Ausgestaltung der Fürsorge in Stadt und Land. Schon heute zieht sich über ganz Deutschland ein Netz von Kreisfürsorgestellen, wo vorzugsweise durch die Ueberarbeit, Unterernährung und Seuchen geschwächten und gefährdeten Volksgesundheit gearbeitet wird. Wohlfahrtsämter sind im Entstehen begriffen, wo Rat und Hilfe denen gegeben wird, die die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz verloren haben; die Fürsorge für Kriegserwitwen und Waisen, Kriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte ist hier inbegriffen. In kürzester Zeit wird das Reichsjugendgesetz verabschiedet werden, durch das die Fürsorge für die Jugend, deren Lebensbedingungen während des Krieges und in der Zeit der Verwirrung aller Begriffe von Recht und Sitte so ungünstig als nur möglich waren, namentlich die Fürsorge für die sittlich gefährdete Jugend ausgestaltet werden soll.

Die umfassenden Aufgaben können nur durchgeführt werden, wenn Frauen mit Liebe zu ihrem Volk mit starkem Trieb zum Helfen und mit klarem Verständnis für die Wirklichkeit hier mitarbeiten. Es werden die geschaffenen und zu schaffenden Einrichtungen erst lebendig dadurch, daß die Frau als Familienfürsorgerin die hilfsbedürftigen Menschen, insbesondere die Mütter zu sich in die Beratungsstunde ruft und in ihrem Heim besucht.

Schon in vergangenen Jahrhunderten war es die nächste und schönste Aufgabe der Frau, wenn sie ihren häuslichen Kreis verließ, die Schwachen und Kranken zu trösten und zu pflegen. Was sie früher als freiwillige Einzelarbeit tat, das obliegt ihr in der Gegenwart als Glied der sozialen Organisation des Staates, der Gemeinden und der Vereine.

Der Beruf der Fürsorgerin, Wohlfahrtspflegerin, oder Sozialbeamtin, und wie immer diese Tätigkeit genannt werden mag, ist der jüngste unter den Frauenberufen. Er ist darum in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere jener, die dem großstädtischen Leben fernsteht, noch nicht

wenig bekannt. Herausgewachsen ist er aus der ehrenamtlichen Tätigkeit der Frau. Je mehr aber die Fürsorgearbeit von der Wissenschaft durchleuchtet wurde, je vielfältiger die Sozialpolitische Befehlsgebung wurde, und je mehr man von der Einzelarbeit zu der Lösung der Massenprobleme überging, desto schwieriger und komplizierter wurde diese Arbeit, desto weniger konnte es genügen, daß lediglich das natürliche Verständnis für diese Arbeit und das gute Herz der Frau sprach. Es gehören dazu heute grundlegende Kenntnisse der Gesundheitslehre, der Pädagogik und Volkswirtschaft, das genaue Verständnis der gesellschaftlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Fürsorge, Beherrschung der Technik der einzelnen Zweige der Fürsorge, insbesondere die Kunst der Menschenbeziehung, die wohl in erster Linie eine Sache der Begabung ist, aber die durch Sicherheit des Wissens und Könnens wie durch geistige Überlegenheit gestützt werden muß; für die Fürsorge auf dem Lande und in den kleinen und mittleren Städten sind Frauen, die die besonderen Verhältnisse des Landlebens und die Eigenart der heimischen Bevölkerung von Jugend auf kennen, jenen vorzuziehen, die in der Großstadt aufgewachsen sind.

Der Beruf kann seiner Natur entsprechend nicht von jungen Mädchen ausgeführt werden; reife, lebenserfahrene Frauen sind dazu notwendig. Die Vorbildung für den Beruf beginnt daher erst im Alter von 20 Jahren. Lebenserfahrung aber gibt die Ausbildung in der Krankenpflege und die praktische Arbeit in der Fürsorge, beide sind neben der Einführung in die Theorie Bestandteile der sozialen Frauenbildung. Die Ausbildung wird in besonderen Berufsschulen, sozialen Frauenschulen oder Wohlfahrtschulen vermittelt, von denen eine große Anzahl in Deutschland besteht. Von der preussischen Seite her genannt: die sozialen Frauenschulen zu Berlin, Hannover, Münster, Köln, Aachen und Frankfurt a. M.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen heute für jeden, der sie mit offenem Blick betrachtet, so, daß jedes Mädchen an die Schaffung einer wirtschaftlich selbstständigen Lebensstellung denken muß; dazu kommt, daß heute die Arbeitspflicht nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für jede Frau besteht. Fehlt ihr in der Familie ein sie ausfüllender Tätigkeitskreis, so muß sie daran denken, durch gründliche Ausbildung in einem Berufszweig ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Der soziale Beruf erfordert aber gerade jene Eigenschaften, die wir an der Frau und Mutter besonders schätzen: hingebende Liebe, das Bedürfnis zu helfen, Einführung in fremde Schicksale und Arbeit unter Einsatz der Persönlichkeit.

Aus Stadt und Land.

Das Roter Nieschwimmboot. Das eine Tragfähigkeit von 50 000 Tonnen hat, soll in diesen Tagen an England ausgeliefert und von mehreren englischen Schleppern nach Portsmouth gebracht werden. Der Londoner Schlepper „Dandy“ ist für diesen Zweck schon in Kiel eingetroffen. Gleichzeitig wird auch ein Torpedo-Schwimmboot abgeliefert.

Erpressung durch Arbeitslose. In Hanau zogen die Erwerbslosen auf den Marktplatz und nahmen vor dem Rathaus Aufstellung, während eine Deputation den gerade tagenden Stadtverordneten die Forderung nach Erhöhung der Unterstützungssätze und nach Zuschüssen zum Einkauf von Lebensmitteln für die Arbeitslosen unterbreitete. Wegen der Art und Weise der Unterbreitung der Forderungen kam es zu heftigen Debatten. Da die Erwerbslosen aber erklärten, den Saal nicht eher zu verlassen, bis ihrem Antrage zugestimmt sei, bewilligten die Stadtverordneten die Forderung. Mit Hochrufen auf die zukünftige Räterepublik Deutschland zogen die Demonstranten aus dem Sitzungssaal.

Durchsuchungen bei einer Erfassungsfeste des Reichsverwaltungsamtes. Der Leiter der Erfassungsfeste des Reichsverwaltungsamtes Dr. Klein ist, wie der „Post.“ berichtet wird, verhaftet worden. Dr. Klein wird beschuldigt, einen großen Posten beschlagnahmepflichtiger Waren gegen Annahme erheblicher Bestechungsgelder freigegeben zu haben.

Beilegung der Opfer von Beche Kaiserstuhl II. Am Freitag wurden die 30 Bergleute, der Beche Kaiserstuhl II, die am Sonntag morgen auf so tragische Weise ums Leben gekommen sind, zu Grabe getragen. Unter dem Geläute der Glocken der ganzen Stadt setzte sich der riesige Trauerzug um 4 Uhr von der Leichenhalle aus in Bewegung. Eröffnet wurde der Zug von zahlreichen Vereinen und den Vertretern der städtischen Behörden, Beamten und Arbeitern. Unter dem Vorantritt der Geistlichkeit beider Konfessionen folgten die acht Leichenwagen mit den 30 Särgen. Dicht hinter ihnen schritt die schwer betroffene Belegschaft und die große Reihe der Hinterbliebenen und Angehörigen. Den Schlag bildeten wiederum zahlreiche Vereine und Abordnungen. Etwa 40 Musikkapellen begleiteten den Zug, in dem etwa 400 Kränze mitgeführt wurden. Der Beilegung dauerte 1½ Stunden. Eine ungeheure Volksmenge umfäumte die Straßen, die der Trauerzug passierte. Auf dem Nordfriedhof angelangt wurden die 30 Särge von Knappen in Paradeuniform zu dem Massengrab getragen, wo der Vertreter des Baderborner Bischofs, Generalvikar Professor Dr. Rosenberg die Trauerrede hielt.

Große Arbeiteransammlung in der Pfalz. Die Mitglieder des Verbandes der pfälzischen Metallindustriellen haben infolge der Ablehnung des von sämtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern einstimmig gefällten Schiedsspruchs durch die in der Pfalz kreisenden Arbeiter der gesamten Arbeiterschaft gekündigt. Da die Arbeiter, der Aufforderung, bis zum 1. August die Arbeit überall wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen sind, sind seit Mittwoch sämtliche Betriebe der Metallindustrie in der Pfalz geschlossen.

Explosionsunfall auf dem Truppenübungsplatz Kammersdorf. In letzter Zeit mehrten sich die Unfälle beim Entladen von Artilleriemunition. Am Freitag explodierte auf dem Truppenübungsplatz Kammersdorf eine Granate und brachte andere Munition zum Explodieren. Von den bei der Entladung beschäftigten Arbeitern wurde einer getötet, einem anderen wurde ein Bein abgerissen. Eine größere Zahl von Arbeitern erlitt leichtere Verletzungen.

Demonstrationen gegen den Steuerabzug. In Stuttgart zog ein Demonstrationszug von etwa 1500

Personen vor das Eisenbahndirektionsgebäude, um die Aufhebung des Lohnabzuges zu erreichen. Präsident Siegle empfing eine Abordnung, der er die Absendung eines dringenden Telegramms mit ihren Wünschen nach Berlin versprach und außerdem zusagte, daß Delegierte der Demonstranten nach Berlin reisen dürften, um dort ihre Wünsche persönlich vorzutragen. Als die Kundgebung sich auflöste, entdeckte eine Gruppe der Demonstranten im Hauptbahnhof den Salonwagen des Reichsverkehrsministers Groener, der aus Berlin zu Besprechungen eingetroffen war und abends dorthin zurückreisen wollte. Es kam zu lebhaften Szenen, in deren Verlauf General Groener veranlaßt wurde, den Salonwagen zu verlassen und sich mit der Demonstrantengruppe in ein Zimmer des neuen Bahnhofes zu begeben, wo weiter verhandelt wurde. Der Reichsverkehrsminister hielt eine Ansprache und gab die Versicherung ab, daß er die Wünsche der Demonstranten in Berlin bereitwillig zum Ausdruck bringen werde, was mit Beifall aufgenommen wurde. Die Teilnehmer der Kundgebung gingen dann auseinander. Die Studenten des Polytechnikums hatten beschlossen, sich während der Ferien als Industrie- und Landarbeiter im Interesse der ausbauenden Arbeit zu verwenden. So hatten drei Studenten in der Dessauer Zuckerraffinerie Stellung gefunden. Die Arbeiterschaft forderte daraufhin ihre sofortige Entlassung, widrigenfalls sie in den Streik treten würden. Der Betriebsrat ordnete eine Abstimmung über den Fall an, deren Ergebnis war, daß die Studenten in ihrem Dienst bleiben konnten, wenn sie dem Fabrikarbeiterverband beitreten würden. Die Studenten haben jetzt diese Bedingung erfüllt.

Übernahme des Lohnabzuges auf die Stadt. In der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach am Main wurde mit knapper Mehrheit sämtlichen städtischen Arbeitern und den ihnen im Einkommen gleich lebenden Beamten eine zehnprozentige Lohnerhöhung gewährt, mit anderen Worten, der Steuerabzug auf Kosten der Steuerzahler auf die Stadt übernommen. Durch die Annahme des Antrages wächst der im Voranschlag enthaltene Fehlbetrag um drei Millionen auf etwa 18 Millionen Mark an.

Eindrehen in Hohenheim. Nach einer amtlichen Meldung haben Eindrehen dem historischen Schloß Hohenheim bei Stuttgart, in dem die Königin Luise gestorben ist, einen Besuch abgestattet. Das Schloß ist seit dem Tode der Königin nicht mehr bewohnt und in demselben Zustand belassen worden. Die Eindrehen haben 12 Tassen und ein Schreibzeug von sehr hohem Kunst- und Pietätswert geraubt, u. a. eine Tasse der Königin Luise. Die gestohlenen Sachen sind sogenanntes altes Berliner Porzellan.

Unberechtigte Einfuhr an der Westgrenze. Auf dem Bahnhof Köln-Gereon wurden bei der Zollstelle verschiedene Einfuhrbewilligungen angehalten, die auf unverhältnismäßig große Mengen von Speisefetten, Speck und Fleischkonerven lauteten. Durch den Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Köln wurde festgestellt, daß diese Einfuhrbewilligungen der unbefugten Verwendung eines Stempels und dem Diebstahl von Einfuhrbewilligungs-Blanketts ihre Entstehung verdanken. Diese gefälschten Einfuhrbewilligungen sind dann an holländische Firmen verkauft worden und auf dieser Grundlage entstanden Warenangebote in rheinischen Zeitungen und Einführen solcher Waren meist von Firmen von zweifelhaftem Ruf. — Es ist bisher gelungen, für über zehn Millionen Mark solcher eingeschmuggelten Waren zugunsten des Reiches für verfallen zu erklären, und die unberechtigte Einfuhr von weiteren Waren im Werte von zehn Millionen Mark zu verhindern.

Ein den Unrechten gekommen. Graf v. Lüdner, der frühere Kommandant des „Seeadler“, der sich gegenwärtig in Kiel aufhält, wurde nachts in Düsternbrook von zwei bewaffneten Wegelagerern überfallen. Der Graf, der über ganz ungewöhnliche Körperkräfte verfügt, spielte zunächst den Knechtlichen, so daß die Räuber die Waffen sinken ließen. Darauf faßte er einen der Kerle bei der Hand und drückte sie mit eisernem Griff zusammen, derart, daß die Finger aus den Gelenken kamen, worauf er den anderen Angreifer an der Gurgel faßte und mit dessen eigenem Stod so zurechtete, daß er zusammenbrach. Nach ihrer körperlichen Wiederherstellung werden die Verbrecher auch der richterlichen Strafe nicht entgehen.

Ein Waggon mit Lebensmitteln verschoben. Beamten der Ueberwachungsstelle der Eisenbahndirektion Stettin und Berlin ist es gelungen, eine große Schiebung, deren Hauptbeteiligte ein Pfiffschlagführer, ein Zugabfertiger und ein Pfiffschlagführer sind, aufzuheben. Den drei Beamten ist es gelungen, durch Vernichtung echter Frachtbriele und Unterchiebung gefälschter Frachtbriele ein Waggon mit Zucker, Haser, Aderbohnen und Heringen nach Berlin zu verschleusen. Es ist gelungen, einen Waggon Zucker, einen Waggon Heringe und einen Waggon Aderbohnen in Berlin anzuhalten, während der Inhalt der übrigen Waggon bereits in Berlin verschoben war. Beteiligt an den Schiebungen sind ein Kaufmann aus Bernburg und ein Kaufmann aus Stettin. Beide sind flichtig. Die drei Eisenbahnbeamten sind verhaftet. Sie sind bereits gefänglich. In Berlin wurde ein Briefträger verhaftet, der gegen Belohnung von 500 Mark ein gefälschtes Abis bestellt hat.

Wieder eine Explosion im Stahlwerk Hoersch. Aus Dortmund wird berichtet: Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoersch explodierte Donnerstag ein Martinofen, in den bei der Gießung eine 38 Zentimeter-Granate geraten war. Etwa 10 bis 12 Arbeiter wurden dabei zum Teil schwer verletzt, vier sollen bereits gestorben sein. Das Martinwerk II muß für einige Zeit den Betrieb einstellen.

Streikandruckungen in Königsberg. Im Königsberger Oberpräsidium fanden Donnerstag Schlichtungsverhandlungen statt, um die über fünf Wochen währenden Streiks in Königsberg zu beenden. Dabei kam es in einer Verhandlungssitzung zu schweren Auseinandersetzungen gegen die Arbeitgeber. Director Sparung von der Eisengießerei Union wurde mit schweren inneren Verletzungen bewußlos davongetragen. Freitag morgen nahm die Erregung der Volksmassen zu und machte sich in neuen Ausschreitungen auf den Straßen Luft. Viele Wagen wurden umgestürzt, wenn sie von Kraftfahrenden gefahren wurden. Mehrfach wurde versucht, die Wagen der Straßenbahn umzuwerfen. Auf die Walzmühle machten die Arbeiter einen Angriff, weil dort Rohstoffe arbeitete. Die Sicherheitswehr mußte eingreifen und von ihren Waffen Gebrauch machen. Es verlautet, daß es dabei zwei Tote und mehrere Verwundete gab.

Deutsche Auswanderer nach Brasilien. Der seit dem 8. Mai auf der Ruffanwerft in Reparatur befindliche Dampfer „Guahaba“ des brasilianischen Lloyd hat Donnerstag nachmittag die Heimreise angetreten. An Bord befindet sich auch die erste Gruppe derjenigen 2500 deutschen Auswanderer, die mit Genehmigung der deutschen Regierung die Freifahrt auf Kosten der brasilianischen Regierung antreten dürfen.

Thalassie Ratt Chinin. Aus Budapest wird gemeldet: Allgemeine Teilnahme erregt hier der tragische Tod der 18-jährigen Gattin des Ministerialsekretärs Theodor Paß. Die junge Frau, die Mutterfreunden entgegen, war im Hebammeninstitut untergebracht, wo ihr während der Entbindung von einer Pflegerin aus Borschen Thalassie-Pastillen statt Chinin verabreicht wurden. Es trat Vergiftung ein, der die Unglückliche innerhalb kürzester Zeit erlag. Der Leiter des Hebammeninstituts, Universitätsprofessor Dr. Kovrich, versuchte anfänglich, den Unglücksfall vor der Familie und der Öffentlichkeit zu verschweigen, jedoch ist ihm dies nicht gelungen. Gegen ihn sowie gegen die Pflegerin wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Seppel in über Paris. „A 72“ hat bei seiner Reise von Mandeuge nach Deurs Paris den angekündigten Besuch abgestattet. Das Luftschiff war von Flugzeugen begleitet. Seine Ankunft rief beim Publikum lebhafteste Überraschung hervor, sein elegantes und sicheres Manövrieren erweckte allgemeine Bewunderung.

Kleine Nachrichten.

Die deutsche Minenflottille hat ihre Arbeiten im Kattegat beendet. Man darf annehmen, daß diese Gewässer nun von Minen gereinigt sind.

Auf der Mühlburg in Thüringen ist durch Buben-

hände die Bismarck-Gedenktafel zerstört worden. Auf Burg Gleichen sind Kupferplatten und andere Gerätschaften gestohlen worden.

Eine Klaviersteuer haben die Stadtverordneten von Döheim im Taunus beschlossen: 50 Mark jährlich für jedes Instrument.

Neueste Nachrichten.

TU Allenstein, 17. Aug. Nach einer Bekanntmachung des deutschen zuständigen Reichskommissars hat gestern die interalliierte Kommission die Verwaltung des Abstammungsgebietes an das Reich zurückgegeben.

TU Königsberg, 17. Aug. Löbau ist von den Russen besetzt worden, die auf der Linie Stralsburg-Bautenburg auf Graubenz vorgehen. Die Polen ziehen sich auf Graubenz zurück.

TU Königsberg, 17. Aug. Der Divisionskommandeur der in Soldau eingerückten russischen Truppen erklärte in der Soldauer Stadtverwaltung, er habe die radiotelegraphische Anweisung aus Moskau erhalten, das Soldauer Gebiet den eingewanderten Deutschen zu übergeben, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Rußland mische sich nicht in innere Landezangelegenheiten. — Bei einer anderen Gelegenheit erklärte derselbe Kommandeur, die Einführung des Sowjetsystems auf deutschem Gebiet komme nicht in Betracht, weil diese dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung nicht entspricht. Die Grenze von 1914 soll wiederhergestellt werden, und Polen würde aufhören zu existieren. Warschau werde 5 Jahre von russischen Truppen besetzt und danach Rußland wieder einverleibt werden. Die russischen Truppen würden den Korridor besetzen, den Freistaat Danzig jedoch nur, bei neutralitätswidrigen Handlungen.

TU Kopenhagen, 17. Aug. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß zwischen Rußland und Finnland ein Waffenstillstand abgeschlossen worden ist, und zwar auf die Dauer von 31 Tagen. Der Abschluß des Waffenstillstandes wird in Rußland für um so bedeutsamer erachtet, als man noch vor einigen Tagen von dem Aufmarsch der englischen Flotte im Baltischen Meere einen Druck auf Finnland zum Zwecke einer neuen Kriegsführung mit Sowjetrußland befürchtete.

TU Amsterdam, 17. Aug. Die Zeitung des internationalen Transportarbeiter-Bundes hat am 14. August einen Aufruf an die Transportarbeiter, Seeleute u. Eisenbahner aller Länder gesandt, jede Beförderung von Heeresmaterial und Truppen, die für einen im Gange befindlichen oder einen drohenden neuen Krieg bestimmt sind, zu vermeiden. Die Zeitung des internationalen Transportarbeiterverbandes wird noch in dieser Woche zusammen kommen um internationale Richtlinien aufzustellen.

TU London, 17. Aug. Lloyd George erklärte im Unterhause: Der Völkerbund kann nicht in Tätigkeit treten, wenn nicht volle Einigkeit herrscht. Es sei ganz deutlich, daß nicht alle Alliierten derselben Meinung sein könnten, was die russische und polnische Frage angehe. Es wäre natürlich besser gewesen, die ganze Frage im Völkerbund als im obersten Kriegsrat zu besprechen. Rußland habe sich aber geweigert, eine Abordnung des Völkerbundes zu empfangen und die russische Regierung habe erklärt, daß sie unter keinen Umständen eine Intervention des Völkerbundes dulden könne. Lloyd George sagte, daß er und seine Kollegen ernstlich versuchten, den Frieden zu sichern. Er hoffe bald in der Lage zu sein, dem Unterhause nähere Einzelheiten mitzuteilen.

TU Paris, 16. Aug. Der Spezialberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, daß man dort als Resultat der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note, die sich der Aufteilung der russischen Gebiete widersetzt, das Ende der Liga der Nationen und den Fall der Entente voraussetze. In diplomatischen Kreisen halte man es für unmöglich, daß der Völkerbund oder die Entente solche politischen Differenzen zwischen England und Frankreich überleben könne. Die Absicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen vor der Herstellung eines dauernden Friedens im Osten von Europas hält man dazu angetan, ein Zusammengehen Amerikas mit Frankreich und eine Isolierung Englands herbeizuführen. Obwohl, wie bekannt, die amerikanische Regierung dem Beispiel Frankreichs in der Anerkennung Brangels bis auf weiteres nicht folgt, glaubt man doch, daß Frankreich und Amerika endgültig und einmütig sich der Zerstückelung Rußlands widersetzen. Man spricht von einer neuen Gruppierung der Mächte, welche Spanien, China, Frankreich und den amerikanischen Kontinent umfassen würde.

Von meiner Erholungsreise aus Bad Mergentheim zurückgekehrt, wird mir mitgeteilt, daß während meiner Abwesenheit Gerüchte verbreitet wurden, die meinen guten Ruf zu schädigen geeignet sind.

Diese Gerüchte sind unwahr und vollständig aus der Luft gegriffen. Ich werde die Urheber und Verbreiter dieser Gerüchte gerichtlich verfolgen lassen.

August Kneib, Weingutsbesitzer.

Rüdesheim a. Rh., den 16. August 1920.

Bei meinem Scheiden von Geisenheim sage ich herzlichsten Dank allen, die mir persönlich und bei meiner Amtsführung Wohlwollen entgegengebracht haben.

Meine besten Wünsche werden auch fernerhin die Stadt Geisenheim und ihre Bewohner begleiten.

Bürgermeister Dr. Schneider.

Diskenburg, den 15. August 1920.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 18. d. Mts., vormittags von 7^{1/2} bis 11 Uhr und nachmittags von 1 Uhr ab werden an der Eisenbahnstation

Frühkartoffel

ausgegeben. Die Bezugsscheine hierzu werden am gleichen Tage und zwar wie folgt ausgegeben:

von 7-8 Uhr die Lebensmittellarten-Nr. von 500-620	
" 8-9 " " " " 621-740	
" 9-10 " " " " 741-860	
" 10-11 " " " " 861-1034	

Auf die Person entfallen 10 Pfund zum Preise von 43 Pfg. das Pfund.

Geisenheim, den 17. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 19. d. Mts., von vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr, kommt im Wirtschaftsamt

Margarine

zum verbilligten Preise von 8.50 Mk. das Pfund, markenfrei zum Verkauf.

Geisenheim, den 16. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Wirtschaftsamt kommen täglich während der Vormittagsdienststunden folgende Artikel zum Verkauf:

Cond. Milch, gezuckert	je Dose Mk. 9.-
Steril. Milch, ungezuckert	" " 6.-
Amerik. Keks, 1 Dose 225 Gramm	" 2.50
Ei-Erbsen	je Paket 0.10
Mandelnuggebäckpulver	" 0.20
Boullionwürfel	je Stück 0.02
Blutwurst	" Dose 12.-

Geisenheim, den 16. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 18. d. Mts., nachm. 3 Uhr, findet in der Kinderschule

Mütterberatungsstunde

statt. Allen Müttern mit Kindern unter 2 Jahren wird der Besuch derselben empfohlen.

Geisenheim, den 16. August 1920.

Der Magistrat.

Drucksachen liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.



Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtigster Teilnahme während der Krankheit, sowie bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unserer liebsten, unvergesslichen Schwester, Schwägerin und Tante

Kätie Gietz

sagen wir Allen unsern innigsten Dank. Insbesondere danken wir herzlichst den Altersgenossinnen u. -Genossen, sowie dem Marienverein für das ehrende Grabgeleit.

In tiefster Trauer:

Georg Gietz u. Frau geb. Schädel

Karl Gietz u. Frau geb. Heim

Hubert Gietz u. Frau geb. Schamari

Jakob Gietz u. Frau geb. Neuer

Auguste Gietz

Johann Gietz u. Frau geb. Burtschell

sowie 4 Neffen und 2 Nichten.

Geisenheim, Rüdesheim, Ettlingen, den 16. August 1920.

Achtung!

Achtung!

Tanz-Kursus!

Wo lernt man billig und perfekt tanzen!

Im Gasthaus zur guten Quelle
Beinstraße 11.

Eröffnung Freitag den 20. August
abends 8^{1/2} Uhr.

Weitere Anmeldungen werden höchlichst entgegen-
genommen bei

Karl Raitz, Tanzlehrer.

Ab Dienstag sind

schwere Läufer Schweine

beste Ferkel

zu haben bei

Ebelhäuser, Hattenheim.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Verzinktes

Hurden-Gewebe

zum Trocknen von Obst
und Gemüse.

G. F. Dilonenzi

Telefon 134.

Wachfrau

gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. V.

Empfehle billigt

alle Sorten Obst, be-
sonders Mirabellen, Reine-
klauden, dicke Pflaumen
und Zwetschen Tafelbirnen
und Äpfel, Rohkost und
Fallobst.

Neben allen einschlägigen
Gemüsen

empfehle frisch eingetroffen
Lachsbrüsklinge und alle
Fischarten.

Holländer und Edamer
Käse, Hand-Käse, Holl.
Margarine u. Fette, Eier.

Wöchentlich 2 Mal
frische Hefe.

Frau B. Rothhaupt
Marktstraße.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

Dienstags und Donnerstags
abends

Turnstunde

der alt. Turner u. Zöglinge.
Besonders haben die 30-
jährige vollzählig zu erscheinen.
Der Turnwart.

Rath. Kirchenchor
Geisenheim a. Rh.

Deute Abend 8 Uhr:

Gesangstunde

zu welcher auch die Sänger
des Gesangsvereins „Nieder-
tranz“ höflich eingeladen sind.
Der Vorstand.

Cäcilia
Geisenheim.

Versinckel Andr. Ober

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollzähliges und pünktliches
Erscheinen erwartet

Der Dirigent.

Gesangsverein
Lieder-
kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Um pünktliches und voll-
zähliges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

Deutsch-DEMOKRATISCHE
Jugendgruppe

Geisenheim a. Rh.

Mittwoch den 18. August:

Ausschussführung

(nach Vereinbarung).

Samstags abends:

Mitglieder zusammenkunft.

Geflügel-, Kaninchen-
Vogelzucht- u. Schutz-
verein Mittelrheingau

Mittwoch den 18. August,
nachmittags von 2-7 Uhr,
kommen bei dem 1. Vor-
sitzenden (Kirchstraße Nr. 13)

Saferkleie zur Verteilung.
Auf das Mitglied entfallen
10 Pfund zum Preise von
30 Pfg. das Pfund.

Der Vorstand.

Gebe

schönes Klebe-
gegen Körnerfrucht
in Tausch. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Futtertröge und Rufen

Frau P. J. Klein Wwe.

Steinheimerstr. 5.

Rübsamen

zu verkaufen bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.